



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 23.03.2017

lj

PKW-Maut erneut zur Abstimmung im Bundestag

Am Freitagmorgen, 24.03.2017, wird der überarbeitete Gesetzesentwurf zur PKW-Maut im Bundestag abgestimmt. SPD-Bundestagabgeordnete Angelika Glöckner begründet ihr Abstimmungsverhalten.

Nachdem die EU-Kommission im September 2016 gegen das Maut-Vorhaben von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) Klage einreichte, sollen nun die geltenden Maut-Gesetze nach einem Kompromiss mit der EU-Kommission geändert werden. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner, hatte es für ihre Zustimmung zur Voraussetzung gemacht, dass durch die Neuregelung keine deutschen Autofahrer zusätzlich belastet und Mehreinnahmen erzielt werden, wie auch dass der Gesetzesentwurf europarechtskonform ist.

„Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Zustimmung zur PKW-Maut an diese drei Bedingungen geknüpft. Sowohl das Bundesverkehrsministerium unter Alexander Dobrindt, als auch das Finanzministerium von Wolfgang Schäuble versichern, dass alle drei Bedingungen erfüllt würden.“ Experten vertreten unterschiedliche Auffassungen. *„Vor allem weil die Autofahrer nicht zusätzlich belastet werden, stelle ich meine Bedenken gegenüber den anderen beiden Punkten zurück“,* so die Abgeordnete.

„Ich sage jedoch auch ganz klar: die Maut ist keines meiner Herzensanliegen, ganz im Gegenteil. Mit der Zustimmung löst die SPD-Fraktion lediglich ihre Treue zum Koalitionsvertrag ein“, stellt die Abgeordnete klar. Nachdem sich Experten sowohl in der Frage der Konformität zum EU-Recht, als auch bei den Einnahmemöglichkeiten der Infrastrukturabgabe uneinig sind, wird sich das Konzept in der Praxis bewähren müssen. *„Da bereits einige EU-Mitgliedstaaten angekündigt haben zu klagen, wird letztlich die richterliche Instanz zu entscheiden haben, ob die Einführung der Maut bei gleichzeitiger Steuerentlastung der inländischen Autofahrer tatsächlich nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt“,* relativiert Glöckner.

Der Kompromiss mit der EU-Kommission, der nun gesetzlich umgesetzt wird, sieht vor, dass im Infrastrukturabgabengesetz die Staffelung und Höhe der Kurzzeitvignetten geändert werden, um diese an das europäische Recht besser anzupassen. Außerdem wird das Verkehrssteuergesetz geändert, um die Steuerentlastung inländischer Fahrzeuge für die emissionsärmsten Fahrzeuge (Euro-6-Norm) zu erhöhen und so eine stärkere ökologische Lenkungswirkung zu erzielen.

Die vom Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat geforderten Ausnahmen für Grenzregionen wurden im Entwurf des Verkehrsministeriums nicht berücksichtigt. Die Mautpflicht für ausländische Fahrer beschränkt sich auf die deutschen Autobahnen, während inländische Autofahrer auch auf Bundesstraßen Maut zahlen müssen.

„Die Maut-Entscheidung ist für mich eine Sache der Abwägung, vor allem auch mit Blick auf weitere Entscheidungen für die Südwestpfalz, die ich vertrete“, erklärt Glöckner. Die SPD plant noch in dieser Wahlperiode das Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen zu lockern. Davon profitieren insbesondere hoch verschuldete Städte und Gemeinden durch direkte finanzielle Förderung, beispielsweise im Bereich der Bildung oder Infrastruktur. *„Wenn die CDU/CSU in Sachen Maut auf unsere Koalitionstreue setzen kann, erwarte ich aber auch, dass der große Koalitionspartner diesem wichtigen Gesetzesvorhaben folgt, um vor allem die Kommunen weiter zu entlasten“,* fordert die Abgeordnete abschließend.

BERLINER BÜRO PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-77432 TELEFAX (030) 227-77644 E-MAIL angelika.gloeckner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO ALLEESTRASSE 60 66953 PIRMASENS
TELEFON (06331) 7193259 TELEFAX (06331) 7190379 E-MAIL angelika.gloeckner@bundestag.de

WEB <http://www.angelika-gloeckner.info/>